

## Semjonow will nicht verhandeln

### Einheits-Phrasen in der Praxis — Antwort auf westliche Note

Berlin (Eigenbericht). Mit einem „Njet“ haben die Sowjets auch auf den Vorschlag der Westmächte geantwortet, wenigstens die durch die Teilung Deutschlands entstandenen Härten zu mildern und über Erleichterungen im Interzonenverkehr, Öffnung der Interzonen-Übergangsstellen, Beseitigung des Sperrgürtels an der Zonengrenze und freien Drucksachen-Austausch in ganz Deutschland auf der Ebene der Oberkommissare zu verhandeln. Selbst Besprechungen der Berliner Stadtkommandanten über die Abschaffung der Kontrollen an der Sektorengrenze, Aufhebung der Straßensperren und Wiederherstellung des Gesamtberliner Straßenbahn-, Telefon- und Postverkehrs wünschen die Sowjets nicht.

Auf die Note der westlichen Oberkommissare, die diese Besprechungen vorschlug, hat der sowjetische Hohe Kommissar Semjonow lediglich geantwortet, über die Fragen des innerdeutschen Handels, der Finanzen, der Wirtschaft, des Verkehrs und der kulturellen Angelegenheiten sollten die von Molotow auf der Berliner Viererkonferenz geforderten „gesamtdeutschen Komitees“ aus Vertretern Pankows und Bonns beraten. Das würde die Lösung der aktuellen „rein innerdeutschen Angelegenheiten“ am besten fördern.

Der sowjetische Hohe Kommissar hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, in seinem Schreiben auf die einzelnen Vorschläge der westlichen Oberkommissare einzugehen, die im Gegensatz zu den verschwommenen sowjetischen Erklärungen praktische Erleichterungen bringen könnten. Er erwähnt auch nicht, daß der Westen bereit war, technische Gremien aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zu bilden.

Wenn es nach der Berliner Viererkonferenz noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß der Kreml zur Zeit jedenfalls nur ein kommunistisches einheitliches Deutschland zulassen und jede Wiedervereinigung, die nicht die SED-Herrschaft bis zum Rhein sichert, mit allen

Mitteln verhindern will, dann hat ihn die Antwort Semjonows jetzt geliefert.

Die Behauptung, es handle sich um „innerdeutsche Angelegenheiten“, die die Besatzungsmächte nichts angehen, ist so fadenscheinig, wie sie schon vor Monaten war. Die Westmächte haben ihr mit Recht immer entgegengehalten, die Alliierten seien verantwortlich gewesen für die Schaffung der Zonengrenze, also seien sie auch verantwortlich für ihre Beseitigung.

Das weiß Moskau natürlich

auch. Und der ganzen Welt ist bekannt, wie robust sich die sowjetische Besatzungsmacht noch heute in Angelegenheiten einmischt, die tatsächlich „innerdeutsche Angelegenheiten“ sind. Wenn es heute überhaupt noch eine SED-Regierung in Pankow gibt, dann ist das allein den Panzern der Roten Armee zuzuschreiben.

Diese Pankower Regierung möchte Moskau mit der gewählten Bundesregierung auf eine Stufe stellen. Und zwar ohne daß auch nur ein Preis dafür geboten wird. Denn der Osten redet zwar von „gesamtdeutschen Gesprächen“ — aber er garantiert nicht, daß sie auch nur das geringste Ergebnis bringen würden.

Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Mit Pankow wird nicht verhandelt. Die Westmächte aber werden sich mit der ablehnenden Antwort des sowjetischen Hohen Kommissars nicht zufriedengeben.

## Alle Macht für Ulbricht

### Neues SED-Statut — Militär und Transportwesen angegliedert

Berlin (Eigenmeldung). Für den bevorstehenden IV. Parteitag der SED hat das SED-Zentralkomitee ein neues Parteistatut vorgelegt, das Walter Ulbricht endgültig die Alleinherrschaft über die Partei sichern soll.

Man findet darin nichts mehr über die Wahl von zwei Parteivorsitzenden. Diese Posten hätten bisher Pieck und Grotewohl inne als „Zeichen der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien“. Auf diese Demonstration der „Gleichberechtigung“ von SPD und KPD in der SED kann die Staatspartei heute verzichten und sie betont denn auch unver-

blümt die künftige Alleinherrschaft der Kommunisten. Die Führung der SED soll allein in den Händen des Sekretariats des Zentralkomitees liegen, an dessen Spitze Walter Ulbricht steht.

Die SED unter Ulbrichts Führung sichert sich in dem neuen Statut alle Machtpositionen: Die SED-Gruppen der Kasernierten Volkspolizei und des Transportwesens, so heißt es, werden dem Zentralkomitee direkt unterstellt. Zu deutsch: Ulbricht bemächtigt sich des Militärs und der Transportwege. Schließlich übernimmt die SED auch noch offiziell die Leitung der FDJ,



## Das Land der Provisorien

WG. Es ist bisweilen erheiternd zu sehen, welche verschiedenen Wege in verschiedenen Zeiten und zu verschiedenen Zwecken sowjetische Staatsmänner gehen, wenn sie vom Pfad der Tugend abweichen. Das ist übrigens die einzige „Abweichung“, die ihnen erlaubt ist, und zwar so sehr, daß sie den Normalzustand ihres mit jeweils wechselnden Methoden und Zielen tätigen politischen Handelns bildet. Da hat in der sehr umfangreichen Erklärung, mit der er soeben die Bilanz der Berliner Konferenz zog, Molotow den Nordatlantikpakt wiederum hart verurteilt und ihm nachgesagt, daß er dem bekannten Antikominternpakt ähnele, den „Hitler-Deutschland, das militaristische Japan und das faschistische Italien“ unterzeichnet hätten und der ursprünglich gegen die Sowjetunion gerichtet gewesen sei.

### Östliche und westliche Pakte

Nun, in den Zeiten des guten Einvernehmens zwischen Hitler und Stalin wurde der Antikominternpakt ein wenig auf Eis gelegt, um dann später wieder aufgefrischt zu werden. Inzwischen war ein neuer Pakt geboren worden, wiederum unter Beteiligung „Hitler-Deutschlands, des militaristischen Japans und des faschistischen Italiens“, und es hat im Winter 1940 nicht viel daran gefehlt, daß Moskau dieser Gemeinschaft der Gründer des Antikominternpaktes beigetreten wäre. Das schien sich damals zu lohnen. Der im Jahre 1940 abgeschlossene Pakt hatte nämlich den Zweck, unter Teilung der irrümlich erwarteten Kriegsbeute eine Neuordnung der Welt vorzunehmen — von Europa über Afrika bis nach Ostasien. Molotow erklärte Hitler bei seinem ersten Besuch in Berlin im November 1940 — es war der Gegenbesuch für die vorausgegangenen zwei Besuche Ribbentrops in Moskau —, daß ihm die Teilnahme Rußlands an diesem Pakt grundsätzlich durchaus annehmbar erscheine. Nach Moskau zurückgekehrt, übergab

er wenige Tage später nach Rücksprache mit Stalin dem deutschen Botschafter die formelle Erklärung, daß die Sowjetunion bereit sei, den Entwurf Ribbentrops zur Umwandlung des Paktes in einen Viermächtepakt unter gewissen Bedingungen anzunehmen. So hätte also die Geschichte uns beinahe auch noch diesen Pakt Moskaus mit den „Faschisten und Militaristen“ überliefert.

Wenn man bedenkt, welche aggressiven Verträge Moskau damals mit Hitler schloß — Polen, Finnland und die baltischen Staaten waren u. a. ihre Opfer — und welchen Beutevertrag dazu er mit der Gesamtheit der „militaristisch-faschistischen“ Staaten zu schließen bereit war, dann kann man den Atlantikpakt nur als ein moralisches Musterstück internationaler Vertragspolitik bezeichnen. Molotow, der ihn heute bekämpft und verleumdet, ist zugleich der sowjetische Außenminister, der jene unruhlichen Verträge unterzeichnet hatte.

Der gleiche Kontrast besteht übrigens auch gegenüber der EVG, die von Molotow noch mehr als der Atlantikpakt zum Ziele seiner diffamierenden Propaganda gemacht worden ist. Er braucht diesen aus dem reinen Verteidigungswillen der Notwehr geborenen Vertrag nur mit den Verträgen zu vergleichen, in denen er geheimerweise mit Hitler den Überfall und die Auslöschung Polens und andere Aggressionen vereinbart hatte, um als hervorragender Spezialist solcher Verträge zu erkennen, welcher gewaltige Unterschied zwischen ihnen und der EVG besteht. Aber das weiß er ohnehin, denn er glaubt selbst nicht das Böse, das er der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unterstellt. Diese Methode ist ein Teil des propagandistischen Verfahrens, das dazu bestimmt ist, die bevorstehende Entscheidung in Frankreich und auch in Italien im Sinne Moskaus zu beeinflussen.

### Umweg, nicht Abweg

Der europäische Weg, auf dem der Bundestag kürzlich mit der Ergänzung der Verfassung die letzten innenpolitischen Hindernisse beseitigt hat, ist auch für Deutschland kein leichter Weg — kein leichter als für Frank-

reich. Auch uns fällt die Entscheidung schwer, gerade angesichts der Tatsache, daß wir die Wiedervereinigung unseres zerrissenen Landes als das wichtigste Ziel der deutschen Politik betrachten müssen. Vor allem von der sozialdemokratischen Opposition wird der sorgende Zweifel geäußert, ob der Weg über Europa und insbesondere über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nur ein Umweg zur Einheit oder ein Abweg ist. Umwege können auch bessere Wege sein, bessere jedenfalls als Nahwege, die schlechtes Wetter ungangbar gemacht hat. Es mag auch sein — und dafür bietet die Berliner Konferenz gewisse Anhaltspunkte —, daß der Umweg immer wieder durch kürzere Wege mit dem Ziel verbunden werden kann. Das gerade wird stets unsere Aufgabe und Sorge sein müssen, daß wir den Weg über die EVG in Übereinstimmung halten mit dem Ziele der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit.

### Das Endgültige und Dauernde

Im Hinblick auf dieses Ziel ist heute alles provisorisch, was in Deutschland geschieht. Deutschland ist das Land der Provisorien geworden. Die Bundesrepublik, sosehr wir in ihr den deutschen Kernstaat sehen, ist nur provisorisch. Auch die Bundesverfassung ist provisorisch; denn in ihrem Artikel Nr. 146 bestimmt sie selbst, daß sie ihre Gültigkeit an dem Tage verliert, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Die sogenannte DDR ist für das moralisch-nationale Empfinden der Deutschen überhaupt nicht existent; Bonn ist nur die provisorische Hauptstadt Deutschlands. Die Oder-Neiße-Grenze ist nur provisorisch; denn im Potsdamer Abkommen ist verbindlich festgelegt, daß die deutsche Ostgrenze endgültig erst im Friedensvertrag bestimmt werden soll. Eine Verständigung in der Saarfrage kann nur provisorisch sein. Bei so viel Provisorien ist es Pflicht aller, das Endgültige, das Dauernde, das Wesentliche unermüdet zu verfolgen und nicht aus den Augen zu verlieren. Jeder weiß, was damit gemeint ist ...



## Ein neues SED-Statut

Es klingt so demokratisch-harmlos, wenn die SED ein neues Parteistatut „zur Diskussion stellt“. Was heißt das schon bei einer diktatorisch geführten Partei! Es heißt, daß man eine Begründung für Parteiversammlungen haben will, in denen die Mitglieder im Geiste der neuen Anordnungen schon vor dem IV. Parteitag gedrillt werden sollen. Der Inhalt des Statuts ist als Richtschnur der künftigen DDR-Politik anzusehen; er ist trostlos genug. Trostlos zunächst für alle Genossen, denen man erheblich mehr Verpflichtungen aufbrummt als bisher, wogegen ihre scheinbaren Rechte nur noch scheinbarer werden.

Offensichtlich soll sich dadurch eine sogenannte Parteilite herausbilden, fanatisch, aktivistisch, statutentreu und ständig in Angst, irgendein Parteiverfahren an den Hals gehängt zu bekommen. Die Konzentration auf Heranbildung einer derartigen Elite scheint der SED um so begründeter, als sie die „bürgerlichen“ Satellitenparteien nun noch mehr in unbedeutendes Abseits drängen wird — und wer Alleinherrscher ist, braucht keine Konkurrenz zu fürchten, keine Mitglieder zu werben, sondern muß auf vielfach gesiebte Anhänger bedacht sein. Auch von zwei Parteivorsitzenden, aus den beiden marxistischen Lagern kommend, ist logischerweise nicht mehr die Rede. Warum auch, ist doch Ulbricht der allein Maßgebende!

Die demonstrative Machtausweitung der SED wird neue Spannungen in der Bevölkerung bewirken. Das tonangebende ZK macht sich nicht nur zum völligen Beherrscher der militärischen „Kasernierten Volkspolizei“, sondern es ordnet sich auch die Jugend unter. Bisher galt die FDJ nicht als reine SED-Parteioorganisation; sie wurde auch als allgemeine Jugendorganisation von Ost-CDU und Ost-LDP, sowie von den Massenorganisationen (die übrigens jetzt auch als reine SED-Gruppierungen in Erscheinung treten sollen) anerkannt. Künftig soll nun gewährleistet werden, daß die „Parteikader im

Jugendverband die Parteidirektiven durchführen“.

Die SED will durch die FDJ die Erziehung der gesamten Jugend leiten. Angesichts dieses offenen Eingeständnisses werden die Eltern in der Zone erneut vor die schwerste Gewissensfrage gestellt. Denn um nichts Geringeres geht es: die Jugend Mitteldeutschlands soll vollends einer staatlichen kommunistischen Erziehungsorganisation anheimfallen. Die SED denkt an ihre Zukunft. Die Bevölkerung wird ihrerseits daran denken, Gegenmethoden zu entwickeln und die Kräfte außerhalb der Parteipolitik weiterhin zu mobilisieren, um die Jugend vor geplantem Unheil zu schützen.

## Störaktionen in Berlin erfolglos

### 38 SEDisten festgenommen — Prügel für Propagandisten

Berlin (Eigenbericht / DPA). Insgesamt 38 SED-Agitatoren sind im Laufe des Mittwoch bei kommunistischen „Blitz-Demonstrationen“ in Westberlin festgenommen worden. Sie hatten Flugblätter und Broschüren, die gegen die EVG und die Politik der Bundesregierung gerichtet waren, vor Westberliner Industriebetrieben verteilt.

Während der Propagandaaktion vor den Fabriken der Westberliner Großbetriebe wie Telefunken, Schwarzkopf und AEG kam es am Mittwoch zu Zusammenstößen zwischen Agitatoren und den über die Kommunisten empörten Westberliner Arbeitern.

Bei den festgenommenen Kommunisten handelt es sich fast ausschließlich um SED-Funktionäre, Angestellte des Ost-Magistrats und Studenten, die in den sowjetzonalen Berliner Randgebieten oder in Ostberlin wohnen.

### Sozialisten für EVG

Brüssel (DPA/AP). Gegen die Stimmen der deutschen Sozialdemokraten nahm der Kongreß der europäischen Sozialisten auf seiner Brüsseler Tagung eine Schlußresolution an, in der die EVG als ein „Mittel zur Garantierung der europäischen Sicherheit“ bezeichnet wird. Den so-

## Krise in Frankreichs KP

Paris (AP/DPA). In der Kommunistischen Partei Frankreichs ist zwischen zwei führenden Funktionären — Jacques Duclos und Auguste Le Coeur — ein offener Konflikt ausgebrochen.

Duclos, der sich in den letzten Jahren mehr und mehr in den Vordergrund gespielt hat, beschuldigt auf einer geschlossenen Sitzung des Zentralkomitees den Leiter der Organisationsabteilung der Partei, Le Coeur, „opportunistischer Abweichungen“.

Parteichef der KP in Frankreich ist Thorez, der jedoch krank und seit Oktober 1950 nicht mehr in der Lage ist, seine Funktionen voll auszuüben.

zialistischen Parteien wird empfohlen, die Voraussetzungen für eine Verbindung ihrer Länder mit der EVG zu prüfen.

In der Resolution wird ferner die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen, der Abschluß eines Friedensvertrages, die völlige Unabhängigkeit Österreichs und die Aufnahme Rotchinas in die UN gefordert. Alle Völker sollten sich in einem gemeinsamen Kampf für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit zusammenfinden.

## Kartengröße Internierter

Berlin (Eigenmeldung). Alle Empfänger von Kartengrüßen Internierter aus russischen Strafgebieten, die jetzt zum erstenmal schreiben, werden von Bischof Heckel, dem Leiter des Evangelischen Hilfswerks für Internierte und Strafgefangene, gebeten, sich mit dem Hilfswerk in Verbindung zu setzen. Besonders erwünscht ist die Einsendung der Kartenabschrift. Das Hilfswerk will diese Internierten, von denen jetzt zum erstenmal Nachricht kommt, in seine Paketbetreuung einschließen und die Angehörigen mit Rat und Tat unterstützen. Die Anschrift des Hilfswerks lautet: München 2, Nymphenburger Str. 52.







# Die SED in der Sackgasse

## Auf der Suche nach einem Parteitagsprogramm — Unangenehme Fragen

Wie zu erwarten, haben die weltpolitische Entwicklung und die kurzfristige Einberufung ihres IV. Parteitags die SED in eine unangenehme Lage gebracht. Schwere innerparteiliche Auseinandersetzungen über theoretische Fragen und wirtschaftlicher Leerlauf erschweren es der Parteiführung, ein festes Programm zu finden. Alle offiziellen Verlautbarungen und Diskussionen bezeugen diese Unsicherheit.

Der wichtigste Punkt der SED-Sorgen bleibt der 17. Juni. Die Partei hat sich trotz aller anderslautenden Versicherungen von diesem Schlag nicht erholt. Die alten Kommunisten sind unsicher geworden, die Zwangsmitglieder suchen eine Gelegenheit, um abzuspringen, und was jetzt noch in die Staatspartei eintritt, sind Leute, die schnell Karriere machen wollen und moralisch nichts mehr zu verlieren haben.

Die Jugend wurde von dem Volksaufstand am stärksten beeindruckt. Sie gewann ihre gesunde Fähigkeit zur Kritik zurück. Im Gegensatz zu früher sind gerade die in der SED und der FDJ organisierten Jugendlichen zu unangenehmen Frägern geworden. Ihre Fragen bestimmen nicht zuletzt die Diskussionen zur Vorbereitung der SED-Parteikonferenz.

### „Warum lassen wir nicht wählen?“

So wurde bei der Vorbereitung des Parteitages die immer wieder gerade von Jugendlichen vorgebrachte Frage diskutiert: „Warum lassen wir nicht wählen? Wenn die Massen Westdeutschlands Adenauer ablehnen und die Bevölkerung der DDR auf Grund des neuen Kurses tatsächlich bedingungslos zu uns steht, könnte doch eine solche Wahl nur günstig für uns sein!“ Die Entgegnung, daß man in Anwesenheit von Besatzungstruppen nicht frei wählen könne, führt zu unangenehmen Erörterungen darüber, ob dann in Anwesenheit sowjetischer Truppen wenigstens für das Gebiet der Zone überhaupt eine freie und unabhängige Wahl möglich sei? Derartige Fragen kann die SED nicht mehr mit Phrasen abtun.

Das zweite Argument der SED, eine westdeutsche Armee müsse auf jeden Fall ein „Instrument des Militarismus“ sein,

wird mit Zitaten aus den 1950 anlässlich des letzten SED-Parteitages geführten Diskussionen über Fragen des Militarismus angefochten. Ulbricht selbst mußte vor einigen Wochen die Partei-Geschichtsforscher deshalb ideologischer Abweichungen bezichtigen. Das hat den Nachteil, daß es gegenwärtig weder für die sowjetzonale Nationalarmee noch gegen EVG-Einheiten eine stichhaltige „ideologische Grundlage“ gibt.

Vor allem hat die SED-Führung erkennen müssen, daß allgemein an der politischen Urteilsfähigkeit der Parteispitze gezweifelt wird. Den Mitgliedern wurden seit zwei Jahren falsche Voraussagen und Versprechen über die politische Entwicklung gegeben. Die Tatsache, daß sich der Lauf der Entwicklung nicht von den SED-Wünschen bestimmen läßt, bringt die Agitatoren in überaus peinliche Situationen. Vor der Bundestagswahl prophezeiten sie die Niederlage Adenauers. Später wurde behauptet, die EVG-Verträge würden nie zustande kommen — bis die Ratifizierung vorlag. Jetzt werden sie bei neuen „Voraussagen“ selbst von den SED-Mitgliedern glatt ausgelacht.

### Die „Linie“

Kein Wunder, daß die SED-Führung dem kommenden Parteitag sorgenvoll entgegenseht. Der Mitglieder bemächtigt sich Fatalismus, der sich mitunter sehr deutlich ausdrückt: Auf der Leipziger Bezirkskonferenz z. B. schrieben Genossen quer über die angeschlagene Tagesordnung: „Und so tragen wir unsere ‚Linie‘ mit Geduld, an der EVG, da sind wir selber schuld!“

Welche Linie? Man hat sich seit dem letzten Parteitag auf eine Linie festgelegt, die kurz besagt: 1. Die Sowjetzone wird politisch und wirtschaftlich gegen jede politische und wirtschaftliche Krise immun ge-

macht; 2. Die Bundesrepublik wird in eine politische und wirtschaftliche Krise geraten. Beide Punkte erwiesen sich als Fehlspekulation.

Zu Punkt 1 gab der 17. Juni die einzig mögliche Antwort. Punkt 2 erledigte sich zum Teil bereits durch die Bundestagswahl. Heute gibt es außer Ulbricht und einigen untergeordneten Funktionären niemanden mehr in der SED, der auf derartige Spekulationen baut.

### Defaitistische Tendenzen

Das SED-Zentralkomitee hat alle Mühe, defaitistische Tendenzen innerhalb der Partei zu zügeln. Eine seiner Hauptkampagnen geht zur Zeit gegen die überall aufkommende Stimmung: „Es wird doch alles ohne uns gemacht. Die Russen brauchen uns zum Demonstrieren und Plakatkleben.“ Bereits in den Bezirkskonferenzen, die dieser Tage angelaufen sind, wurde dieser Einwand häufig erhoben.

Die Mitglieder sind mißtrauisch und ängstlich zugleich geworden. Die Partei gilt ihnen nicht mehr als Hort und Schutz. In einer derartigen Atmosphäre, ohne Programm, ohne Erfolge, auf die man zurückblicken kann, angesichts einer Kette von Niederlagen, einen Parteitag durchzuführen, dazu gehört mehr als Mut, nämlich: politische Hoffnungslosigkeit.

### Die letzte Rettung

Berlin (Eigenmeldung). Auf Anweisung des sowjetzonalen Eisenbahnministeriums muß in den nächsten Monaten in den acht Eisenbahndirektionen ein Austausch der gut erhaltenen Schienen von Nebenstrecken für die abgefahrenen Gleise der Hauptstrecken erfolgen. Mit diesem Schienenwechsel soll der Mangel an neuem Material ausgeglichen werden, insbesondere wird der Oberbau der Strecke Berlin—Dresden bis zur tschechischen Grenze vollkommen überholt, damit der neue ungarische Triebwagenzug seine Geschwindigkeit von 120 Stundenkilometer ausfahren kann.



## 23 000 Bauernhöfe enteignet

### Rückgang der sowjetzonalen Produktionsgenossenschaften

Nach dem ergebnislosen Ausgang der Berliner Konferenz erhebt sich die Frage, ob mit einem neuen Ansteigen der Flüchtlingsziffern zu rechnen ist. Im Jahre 1953 haben mehr als 300 000 Menschen die Sowjetzone verlassen. Im Januar des Jahres 1954 haben in Berlin rund 8000 Flüchtlinge das Notaufnahmeverfahren beantragt. Dazu kommen noch 2000 Flüchtlinge, die sich in dem Aufnahmelager Gießen und etwa 5000 Flüchtlinge, die sich im Aufnahmelager Uelzen gemeldet haben.

Ob ein verstärkter Flüchtlingsstrom kommen wird, hängt ganz von den Maßnahmen der Grotewohl-Regierung ab. Wenn die Lebensverhältnisse es einigermaßen zulassen, werden wahrscheinlich diejenigen privaten Unternehmer und auch diejenigen Bauern, die sonst gezwungen waren zu flüchten, jetzt in der Sowjetzone bleiben, um ihren Besitz zu halten.

An Zahlen ist festzustellen: Es sind in der Sowjetzone insgesamt 23 000 Höfe beschlagnahmt worden. Davon sind 4000 nach der Einführung des „neuen Kurses“ zurückgegeben worden, und zwar an enteignete Bauern, an Bauern, die aus der Gefängnishaft entlassen worden sind, und schließlich an Bauern, die auf Grund der Pankower Aufforderung zurückkamen. Hier handelt es sich aber um insgesamt nur etwa 1000 Bauern, d. h. das Mißtrauen der geflüchteten Bauern in die Zusicherungen der Grotewohl-Regierung hat keineswegs abgenommen. Dem immerhin haben 37 000 Angehörige landwirtschaftlicher Berufe 1953 die Sowjetzone verlassen.

Davon waren 13 000 selbständige Bauern, und 3000 von ihnen hatten Betriebe zwischen 20 und 50 Hektar. Von den sogenannten großbäuerlichen Betrieben, d. h. von Betrieben von

## Verhaftungen in der CSR

München (AP). Nach einer Meldung von „Radio Freies Europa“ sind im vergangenen Monat 23 Juden in Pilsen wegen „verbotener Verbindungen mit jüdischen Organisationen in Übersee“ verhaftet worden. Nach zuverlässigen Informationen herrscht unter der jüdischen Bevölkerung in der Tschechoslowakei seit den Verhaftungen eine große Unruhe

50 bis 100 Hektar, sind 40 Prozent der Betriebsinhaber geflüchtet.

Von den 6000 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die bisher gegründet wurden, sind nach den Mitteilungen Grotewohls nur noch 4655 am Leben. Diese rückläufigen Zahlen sind darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Produktionsgenossenschaften überhaupt nur auf dem Papier bestanden hat. Andere haben so schlecht gewirtschaftet, daß es bei der Verteilung der Ernte zum Streit und zur Auflösung gekommen ist. Immerhin ist festzustellen, daß 12 Prozent der gesamten Nutzfläche des Bodens in der Sowjetzone sich in den Händen der Produktionsgenossenschaften befinden. Im Anfang des Jahres 1953 waren es nur etwa 4 Prozent.

## Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Lampe, etwa 50 Jahre alt, wohnhaft zuletzt in Kamenz (Sachsen), Mitglied der SED und Funktionär der SED, zuletzt tätig gewesen als Leiter der Fachschule Kamenz. Ist verdächtig, dem SSD über politische Einstellung und Haltung anderer zu berichten.
2. Lettow, wohnhaft in Dresden, tätig in der Kaderabteilung bei der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen, Dresden. Ist verdächtig, für den SSD zu arbeiten.
3. Lichtenberg, Josef, etwa 50 Jahre alt, wohnhaft zuletzt in Naumburg an der Saale und dort zuletzt Leiter der

## Zuchthaus für roten Spion

Karlsruhe (AP/DPA). Wegen versuchter Ausspähung von Staatsgeheimnissen ist der frühere Leiter des „Büros für innerdeutschen Handel“ in Frankfurt a. M., Ludwig Weis, vom 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofes zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Untersuchungshaft seit August 1952 wird dem Angeklagten, der den Titel eines sowjetzonalen Ministerialrats führte, angerechnet.

In der Urteilsbegründung heißt es, Weis habe versucht, sich über einen Angestellten der Bundesanstalt für Besatzungsbedarf Staatsgeheimnisse zu beschaffen.

## Zahl der Arbeitsunfälle verdoppelt

Berlin (Eigenmeldung). In den Braunkohlenrevieren von Merseburg und Leipzig haben 30 Arbeitsschutzinspektoren ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Sie begründeten diesen Schritt damit, daß die Beanstandungen über die mangelhaften Arbeitsschutzvorrichtungen von den Werkleitungen nicht beachtet worden sind, so daß sich die Zahl der Arbeitsunfälle in der zweiten Februarhälfte verdoppelt hat.

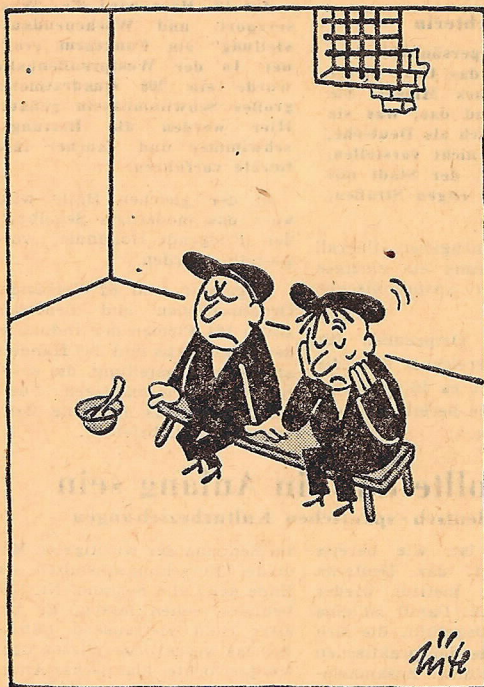
staatlichen Kontrollkommission gewesen, Mitglied der SED.

4. Link, geborene Mellmann, etwa 36 Jahre alt, wohnhaft in Ludwigslust (Mecklenburg, Breite Straße (jetzt Leninstraße), tätig gewesen zuletzt im Geschäft der Mutter, Mitglied der SED. Ist verdächtig, dem SSD schriftliche Berichte zu geben.

5. Loge, Erich, verheiratet, etwa 45 Jahre alt, wohnhaft zuletzt in Grimmen (Mecklenburg), Tribseer Vorstadt, von Beruf Tischler, zuletzt tätig als Leiter der Abteilung Personal beim Rat des Kreises, Mitglied der SED und Funktionär der SED. Ist verdächtig, Zuträgerdienste für den SSD zu leisten.



## Die Demonstranten



„So is et mit uns SED-Funkzionäre, machen wa die Störaktion in Westberlin nich mit, sitzen wa drüben im Ostsektor, machen wa mit, sitzen wa hier!“

## Die Volksabstimmung

In Leipzig klagen sich Müller und Meyer, beide SED-Funkzionäre, gegenseitig ihr Leid. Wegen der Unterschriftslisten für die Volksabstimmung, „EVG oder Friedensvertrag“, die sie nun bald herumtragen müssen.

„Und ich tue es diesmal nicht! Erstens ist es wirklich Quatsch und zweitens sagen einem die Leute zu grob die Meinung!“ jammert Müller.

Versucht Meyer ihn zu überreden: „Was bleibt einem anderes übrig? Haben wir so viele Listen herumgetragen, werden wir auch die noch überstehen. Und die Partei will es doch!“

„Sooo? Aber wenn es mal aus ist mit der Partei und der ganzen DDR — dann kriegen wir von den Leuten eine ganz schöne Tracht Prügel!“ spielt Müller seinen letzten Trumpf aus.

Lächelt Meyer: „Wenn es mal aus ist mit der Partei ... na Mensch, ist dir das denn nicht mal eine Tracht Prügel wert?“

## Nur flüstern ...

## Die Säuberung

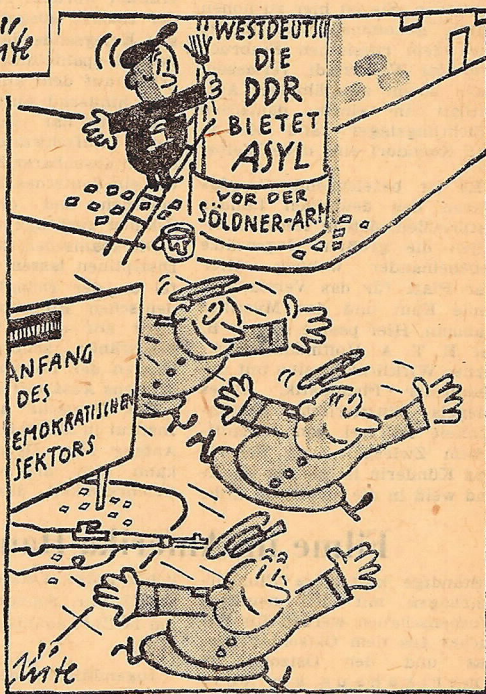
„Wir können unseren Freunden von der Roten Armee nicht dankbar genug für alles sein, was sie für uns getan haben!“ ruft der Parteiredner in den Saal. „Wenn man allein bedenkt, welche große innere Wandlung sie in unserer Bevölkerung bewirkt haben, wie sie die Säuberung ganz selbstverständlich durchführten. Natürlich gibt es noch einige Unbelehrbare — aber die zählen nicht mehr!“

Wendet sich einer der Zuhörer an seinen Nachbarn: „Meinen Sie denn, daß es bei uns überhaupt noch Nazis gibt?“

Flüstert der zurück: „Wer spricht denn von Nazis, Mann! Wenn mich nicht alles täuscht, redet er von Kommunisten.“

## Die letzte Rede

„Wie fanden Sie meine letzte Rede?“ fragt Otto Grotewohl eines Tages leutselig eine Sekretärin seines Büros. Sieht ihn das Mädchen groß an und sagt: „Ach Gott ja, ich hab' es ja gewußt, daß der Ulbricht Sie mal abserviert — aber wissen Sie genau, daß es wirklich Ihre letzte Rede war, Herr Ministerpräsident?“



Theorie und Praxis



## Die Stimme ihrer Heimat

Agnes Miegel — Ostpreußens Dichterin

Ostpreußen ist nicht eben reich an Dichterpersönlichkeiten, aber eine ist unter ihnen, in deren Schaffen das Herz dieser leidgeprüften deutschen Provinz schlägt: Agnes Miegel. Sie beging jetzt ihren 75. Geburtstag. Bezeichnend das, was sie einmal über sich selbst gesagt hat: Sie fühle sich als Deutsche, Ostpreußin und Christin und könne sich gar nicht vorstellen, anderswo geboren zu sein als in Königsberg, der Stadt mit den sieben Brücken, den hohen Speichern und engen Straßen, dem „Ruch von Teer und von Getreidesäcken“.

Hier, im ältesten Teil der Ordensstadt, auf dem Kneiphof, stand ihre Wiege. Hier wuchs sie heran, letzter Sproß einer Familie, in der sich von den Ahnen her rheinisches und salzburgisches Blut kreuzte, einer Familie, der väterlicherseits Kaufleute, mütterlicherseits Gutsbesitzer angehörten. Das Wissen um diese Ahnen, um die Geheimnisse des ostpreußischen, kolonialisatorisch zusammengeschweißten Volkstums ist es, das ihren Dichtungen das besondere Gepräge gibt.

Ihrer Heimat, die sie sooft besungen, ist Agnes Miegel treu geblieben. Sie ist hier zu hohen Ehren gekommen und mußte nach dem russischen Einbruch 1945 die Vaterstadt verlassen. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in einem dänischen Flüchtlingslager fand sie in Bad Nenndorf eine neue Bleibe.

Es ist bezeichnend für das Wesen des deutschen Landes Ostpreußen, daß in seinen Menschen die größten Gegensätze nebeneinander wohnen. Hier war Platz für das Verstandesgenie Kant und den Mystiker Hamann. Hier paarte sich, z. B. bei E. T. A. Hoffmann, nüchternen Wirklichkeitssinn mit unheimlicher Phantastik. Agnes Miegels künstlerische Persönlichkeit ist frei von romantischem Zwiespalt. Als Seherin und Kunderin ist sie am Werke und weiß in die mystische Ruhe

des Ostens einzugehen. Überall ist ihre Dichtung ein einziges Hoheslied der ostpreußischen Heimat.

Mag dieses Ostpreußen für uns heute unerreichbar sein, die Dichterin trägt es in sich und hält es für uns bereit. Es liegt in ihrem Werk.

## Es sollte nur ein Anfang sein

Die deutsch-spanischen Kulturbeziehungen

In Madrid ist, wie bereits kurz gemeldet, das Deutsche Archäologische Institut wieder eröffnet worden. Damit ist eine der Lücken ausgefüllt, die sich seit Kriegsende der praktischen deutsch-spanischen Zusammenarbeit auf dem kulturellem Gebiet hindern entgegenstellten. Dadurch hat die Hoffnung neuen Aufschwung genommen, daß in absehbarer Zeit auch wieder ein deutsches Kulturinstitut erstehen und die deutschen Schulen zurückgegeben werden.

Die spanischen Gelehrten aller Disziplinen lassen keinen Zweifel an der Dringlichkeit einer deutschen Bibliothek, die sich nicht auf einen Wissenszweig beschränkt, sondern in allen Fragen der Forschung und des Wissens Auskunfft geben könnte.

Das Deutsche Archäologische Institut in Madrid sollte nur ein Anfang sein. Davon abgesehen kann sich dieses Heim der Gelehrsamkeit, das sich mitten

## Zelte am Funkturm

Am 12. März wird die „Wassersport- und Wochenendausstellung“ am Funkturm eröffnet. In der Westpreußenhalle wurde ein 200 Quadratmeter großes Schwimmbassin gebaut. Hier werden die Rettungsschwimmer und Taucher ihre Geräte vorführen.

In der gleichen Halle wird auch das modernste Segelboot, der „Fliegende Holländer“, vorgestellt werden.

Insgesamt sind 62 Verbände, Organisationen und Behörden sowie 134 Firmen der Industrie, des Handwerks und des Handels an dieser Ausstellung, die einen besonders reichhaltigen Überblick über das moderne Zeltwesen bringt, beteiligt.

im Zentrum der wichtigsten Madrider/Forschungsanstalten am Ende der Calle Serrano, Nr. 159, befindet, sehen lassen. Es besitzt rund viertausend Bände, die das wesentliche Wissen über Vorgeschichte, klassisches Altertum und die Welt des Islams einschließen. Die Lücken, die nach der Schließung des Instituts im Jahre 1945 entstanden sind, konnten zum größten Teil wieder ausgefüllt werden.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt:

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.